

Büro des Generalsekretärs
der Freien Demokratischen Partei
Dirk Niebel MdB

FDP-Bundesgeschäftsstelle
Reinhardtstraße 14
10117 Berlin
Tel. 030/28 49 58 81
Fax: 030/28 49 58 82
[mailto: kwiatkowski@fdp.de](mailto:kwiatkowski@fdp.de)
www.dirk-niebel.de

Berlin, den 29. April 2009

Sehr geehrter Herr Dr. Simons,

ich komme zurück auf Ihr Schreiben vom 7. April 2009 an den Bundesvorsitzenden der FDP Guido Westerwelle. Er hat mich gebeten, Ihnen zu antworten.

Tierversuche - Entwicklung und Anerkennung tierversuchsfreier Verfahren

Die nun begonnene Revision der geltenden Richtlinie aus dem Jahre 1986 wird von der FDP ausdrücklich begrüßt, da der wissenschaftliche Fortschritt in den vergangenen mehr als 20 Jahren eine neue Bewertung der Notwendigkeit und des Ablaufs von Tierversuchen dringend erforderlich macht. Die FDP hat in diesem Zusammenhang ein besonderes Interesse daran, dass in den laufenden Verhandlungen ein ausgewogener Kompromiss gefunden wird, um hohe Schutzstandards bei Tierversuchen bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Belange von Forschung und Industrie EU-weit zu etablieren. Im Sinne einer modernen Tierschutzpolitik sollte deshalb die Schaffung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden intensiver gefördert werden, um kein Tier unnötig Tests oder Untersuchungen auszusetzen. Die im deutschen Tierschutzgesetz bereits verankerten hohen Schutzstandards bei Tierversuchen können dabei als Richtschnur dienen. Allerdings ist es nach Meinung der FDP ebenfalls unstrittig, dass insbesondere im letzten Jahrzehnt in Deutschland und anderen führenden Mitgliedstaaten bereits deutliche Fortschritte in der Wissenschaft zu einem erheblichen Rückgang der Tierversuche geführt haben. Alternativmethoden haben hierbei einen wertvollen Beitrag geleistet und die Entwicklung weiterer, neuer Verfahren ist zu erwarten.

Trotz allem sind wir uns bewusst, dass es noch viele Bereiche gibt, in denen die medizinische Forschung auf absehbare Zeit ohne Tierversuche leider nicht auskommen kann.

Denn vor der Durchführung klinischer Studien am Menschen gibt es in vielen Fällen immer noch keine Alternativen zu Tierversuchen im Rahmen der experimentellen Pharmakologie.

Die Zahl der Tierversuche dabei so gering wie möglich zu halten, ist im Interesse des Tierschutzes geboten. Nach unserer Auffassung sollten aus diesem Grund zusätzliche bürokratische Maßnahmen für alle Betroffenen bei der Einhaltung hoher

Tierschutzstandards auf ein Mindestmaß beschränkt werden und gleichzeitig darauf geachtet werden, dass die Vorgaben der Richtlinie hinreichend bestimmt sind, so dass in der gesamten Europäischen Union einheitlich hohe Schutzstandards bei Tierversuchen gelten. In diesem Sinne unterstützt die FDP auch ausdrücklich die konsequente Anwendung des von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen sogenannten 3R-Prinzips (Replacement, Reduction and Refinement) zur Vermeidung, Verbesserung und Verminderung der Verwendung von Versuchstieren.

Wir setzen uns auf Bundes- als auch auf europäischer Ebene zudem dafür ein, verstärkt auf die Förderung zur Entwicklung von Alternativ- und Ergänzungsmethoden aufmerksam zu machen. Insbesondere die Forscher müssen über die Fördermöglichkeiten von Alternativmethoden informiert werden, um die Zahlen überflüssiger Tierversuche möglichst weitgehend zu verringern.

Deutschland nimmt bei der Erforschung von Alternativmethoden zum Tierversuch eine führende Rolle ein. Die Zentralstelle zur Erfassung und Bewertung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden zum Tierversuch (ZEBET) leistet hervorragende Arbeit. Diese positive Arbeit der ZEBET muss weiter genutzt werden.

Umsetzung der Zoo-Richtlinie (Richtlinie 1999/22/EG des Rates vom 29. März 1999 über die Haltung von Wildtieren in Zoos)

Die FDP kritisiert seit langem, dass gerade im Tierschutzbereich EU-Recht nicht in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union ausreichend durchgesetzt und einheitlich angewendet wird. Insbesondere im Bereich des Tiertransportes bedeutet dies in der Praxis, dass Deutschland als Transportland umgangen wird. Damit geht unnötiges Leid der Tiere einher. Das ist aus Sicht der FDP nicht akzeptabel. Dieser Missstand muss beim Tiertransport und der Haltung von Wildtieren in Zoos durch eine konsequente Umsetzung von EU-Recht vor allem außerhalb Deutschlands beseitigt werden, damit eine strenge und vorbildliche Umsetzung wie in Deutschland nicht wieder durch andere EU-Staaten herabgesetzt wird, in denen sich die Umsetzung noch als absolut mangelhaft erweist. Deshalb unterstützen wir das Ziel, die Zoo-Richtlinie konsequent und zeitnah in allen EU-Mitgliedstaaten umzusetzen, um eine Verbesserung des Tierschutzes in diesem Bereich in der Praxis zu ermöglichen. Bevor eine Verschärfung von EU-Recht in Angriff genommen werden sollte, muss zunächst einmal die einheitliche Anwendung in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union sichergestellt werden.

Klonen lebensmittelliefernder Tiere

Die Diskussion um das Klonen lebensmittelliefernder Tiere sorgt zurzeit für sehr kontroverse Diskussionen. Dies zeigt, dass die europäische Biopatentrichtlinie überprüft werden muss, um Klarstellungen für Forscher und Landwirte herbeizuführen. Der Forschungs- und Agrarstandort Deutschland braucht eine funktionierende Patentgesetzgebung. Die bisherigen Regelungen sind unklar und führen in der Praxis immer häufiger zur Zulassung von Patenten auf Lebewesen, was die landwirtschaftliche Weiter- und Neuzucht zunehmend einschränkt und deren Nutzung verteuert. Deshalb sprechen wirtschaftspolitische und ethische Gründe für eine Überprüfung der EU-Biopatentrichtlinie. Eine Erfindung ist eine technische Lösung für ein technisches Problem.

Mast- und Wollkaninchen

Nach Auffassung der FDP muss die kommerzielle Käfighaltung von Kaninchen in absehbarer Zeit beendet werden. Artgerechte Haltungsmöglichkeiten müssen an die Stelle der bisherigen Käfighaltung treten. Dazu müssen ausreichende wissenschaftliche Erkenntnisse zur Verfügung stehen, um eine artgerechte Haltung von Kaninchen zu sichern.

Mit freundlichen Grüßen
Dirk Niebel